Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 249 — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. Halver Dienstag, den 18. Dezember 1923

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg und Porto.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Geschäftsträger in Paris hatte eine Unterredung mit Poincaré zur Einleitung deutsch-französischer direkter Verhandlungen.

* Einen ähnlichen Verzicht wie den der Reichsminister auf Repräsentationsgelder haben die preußischen Minister schon vor einiger Zeit ausgesprochen.

* Am Dienstag, den 18. Dezember, ist die dritte Rate der Rhein-Ruhrabgabe fällig.

* Der thüringische Landtag beschloß mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten seine Auflösung.

* Aus dem Zweibrückener Gefängnis ist eine Reihe von den Franzosen verhafteter deutscher Beamten entlassen worden. Auch in Krefeld wurden solche Internierte entlassen.

Opferwille!

Das Reichskabinett hat die Arbeitszeit für die Beamten auf mindestens 54 Stunden wöchentlich festgesetzt.

Wird unser Volk nachdenklich? Nachdenklich vom Reichskanzler herab bis zum letzten Arbeiter? Geht nicht durch uns alle ein Erschauern, weil wir alle jetzt die Wirklichkeit sehen? Stehen wir nicht mit aufgerissenen Augen vor dem Hauptbuch, in dem bisher eine überaus liederliche Buchhaltung geführt wurde über unsere Einnahmen und Ausgaben, wo auf der Einnahmeseite die Zahlen nur langsam anschwollen, auf der Ausgabenseite aber die Trillionenziffern sich drängten! Jetzt haben wir die Bilanz gezogen, und ein tiefes Erschrecken geht durch Deutschland.

Die Reichsminister haben sich entschlossen, für die Wintermonate überhaupt auf jede Aufwandsentschädigung zu verzichten. Man sollte vielleicht überhaupt auf jeden Aufwand verzichten. Wir sind Kriegsverlierer. Wir müssen zu Fuß gehen, alle, mühsam, fast zusammenbrechend, schleichen wir dahin auf der staubbedeckten Straße des Lebens.

Ein tiefes Erschrecken geht durch unser Volk, und wir glauben nicht daran, daß man alles tun will, jetzt, da die Uhr unseres Schicksals Mitternachtstunde zu schlagen anheben will. Vielleicht hemmt diese Opferwilligkeit noch die Zeiger, die schon fast auf Zwölf zeigen. Wir glauben nicht daran, daß die neue Verordnung des Reichskabinetts, wonach die Arbeitszeit der Beamten um eine Stunde täglich verlängert wird, auf Ablehnung stoßen wird. Mag es hier und da noch irgend einen geben, der nicht sehen will, oder gar einen, der bösen Willens ist, einen, der nicht mit opfern will, jetzt, in zwölfter Stunde, — der muß dazu gezwungen werden. Besser wäre es wohl gewesen, man hätte in friedlicher Vereinbarung diese Neuordnung geschaffen, aber es ist nicht lange Zeit mehr, nicht Zeit zu Verhandlungen mit den Organisationen; es ist überhaupt vielzuviel verhandelt und zu wenig gehandelt worden. Eins ist freilich das Allernotwendigste: eines wahrhaft freien Menschen unwürdig wäre es, ihn zwingen zu wollen zur Mehrleistung, würdiger ist es, ihm ganz offen zu sagen, wie es um uns steht. Das ist Pflicht der Regierung, und wir zweifeln nicht an dem Erfolg einer solchen vertrauenverlangenden Offenheit.

Haben sich doch jetzt auch die schärfsten Vorkämpfer des Achtstundentages, die Gewerkschaften, unter dem furchtbaren Druck der Gegenwartsnot entschließen müssen, diesen errungenen Gewinn, der für sie mehr war als ein rein wirtschaftlicher, preiszugeben. Sämtliche Gewerkschaften der Metallindustrie haben ein Abkommen mit dem Arbeitgeberverband Nordwest abgeschlossen, wonach in der Eisen und Stahl verarbeitenden Industrie die Vorkriegsarbeitszeit wieder eingeführt werden soll. Also den zehnstündigen Arbeitstag für die Belegschaft als Grundlage. In der Hüttenindustrie durchschnittlich 59 Stunden die Woche, in der weiterverarbeitenden Industrie 57½ Stunden.

Es ist sicher den Gewerkschaftsvertretern sehr, sehr schwer geworden, dieses Abkommen zu unterschreiben, gerade weil sie hierbei nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem politische Gewinne zu Grabe getragen haben: Aber der Zwang der Wirklichkeit ist härter als Wünsche. Vor zwei Jahren sagte einmal der Vorsitzende der Gewerkschaften, Leipart, auf dem Leipziger Kongreß: „Wir sind der Ansicht, daß Deutschland Reparationen leisten muß, aber das dürfe nicht dazu führen, daß die deutschen Arbeiter deswegen mehr arbeiten müssen." Welche Verkennung der Wirklichkeit! Wir müssen Reparationen leisten, denn die Entente zwingt uns mit Gewalt dazu; aber wenn wir sie nur dadurch leisten wollen, daß wir Teil um Teil unseres so gering gewordenen Volksvermögens hingeben, daß wir uns nicht aus allen Kräften bemühen, durch Mehrarbeit einen möglichst großen Teil abzudecken, dann stehen wir bald vor dem großen Nichts. Und derjenige, der am meisten darunter leiden würde, der verhungern oder auswandern müßte, wäre der deutsche Arbeiter.

Also auch hier nicht Zwang, sondern der Versuch einsichtverlangender Offenherzigkeit. Es nutzte bei den Führern, es sollte auch nutzen bei den Geführten. Doch darf diese Mehrarbeit, die für des Volkes Not geleistet wird, mit ihrem Ertrag nicht etwa zu privatwirtschaftlichem Vorteil des Unternehmers dienen. Hier darf der Opferwille nicht einseitig sein, nicht allein vom wirtschaftlich ohnehin Schwächeren verlangt werden, sondern der Staat wird von denen, die Vorteile haben von dieser Mehrarbeit, mindestens dieselben, eher noch größere Opfer fordern.

Denn es geht ja um Leben und Sterben des Staates.

Dr. Br.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verheiratete Beamtinnen.

Der Fünfzehnerausschuß des Reichstages beriet über die Beamtenabbauverordnung. In bezug auf die geplanten Entlassungen verheirateter Beamtinnen beschloß der Ausschuß, es müsse von der Regierung verlangt werden, daß sie die Bestimmungen nicht engherzig auslegt und in den Ausführungsbestimmungen klare Richtlinien für die Behandlung der verheirateten Beamtinnen herausgibt. Mindestens werde verlangt, daß der ausscheidenden verheirateten Beamtin entweder eine Abfindung gewährt oder ihr für spätere Dienstunfähigkeit und Notwendigkeit die Pension und Hinterbliebenenfürsorge sicherbleibt.

Einigung im Ärztestreik?

Der Reichsarbeitsminister hat die Spitzenverbände der Ärzte und Krankenkassen für Freitag, den 21. Dezember, zu einer Besprechung der Sachlage und der Vorarbeiten der ersten Tagung des Reichsausschusses eingeladen. Die Ärzteverbände haben die Teilnahme an der Besprechung zugesagt. Es scheint damit eine Möglichkeit vorzuliegen, den durch die Verordnung der Regierung über die Krankenhilfe vom 30. Oktober hervorgerufenen Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten beizulegen.

Kreditverhandlungen mit England.

Infolge des Rücktritts des Kanzlers Stresemann wurden jene Verhandlungen unterbrochen, die auf die Erreichung eines englischen Währungskredits in Höhe von einer Milliarde Goldmark abzielten. Jetzt sollen diese Verhandlungen fortgeführt werden. Es ist bereits ein Tag festgesetzt, an dem der Außenminister Dr. Stresemann mit den englischen Bevollmächtigten die Besprechungen wieder aufnehmen wird.

Amerika und die deutschen Auslandsguthaben.

Offiziell wird aus Washington mitgeteilt, Präsident Coolidge stehe auf dem Standpunkte, daß die amerikanische Regierung außerstande sei, die Nachforschungen, die zur Aufspürung der deutschen Auslandsguthaben in den Banken auf Grund der Beschlüsse der Reparationskommission erfolgen sollen, zu ermöglichen.

Preußischer Staatsrat über die Beamtenbezüge.

Der Preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit den neuen Goldbezügen der Staatsbeamten. Er legte seine Auffassung in folgendem Gutachten nieder: „Der Staatsrat hält die Gehaltssätze in der Vorlage des Staatsministeriums für unzulänglich und nur für kurze Zeit möglich."

Preußische Bergwerksaktiengesellschaft.

Soeben wurde im Ministerium für Handel und Gewerbe zu Berlin die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft gegründet. Nach dem Vertrag mit dem Preußischen Staat sollen — beginnend mit Januar 1924 — nach und nach sämtliche staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen übernommen werden. Die Übernahme beginnt mit dem Oberharzer Berg- und Hüttenwerk.

Auflösung des thüringischen Landtages.

In der Freitagsitzung des thüringischen Landtags wurde über den Antrag auf Auflösung des Landtags abgestimmt. Mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen diejenigen der Sozialdemokraten wurde der Antrag angenommen. Da über die Hälfte der Zahl der gesetzmäßigen Abgeordneten für den Antrag gestimmt hat, gilt der Landtag somit als aufgelöst. Präsident Leber schloß damit die Landtagsperiode.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Wien ist wieder aufgenommen worden.

München. Der Ministerrat hat sich anläßlich der Beschlußfassung über das Ermächtigungsgesetz auch mit der Frage von Anordnungen zum Zwecke des Personalabbaus befaßt. Es wurde beschlossen, mit dem Abbau sofort den Anfang zu machen.

Warschau. Das polnische Kabinett ist, da es keine Mehrheit mehr in der Kammer hatte, zurückgetreten.

Preußischer Landtag.

(288. Sitzung.) tt. Berlin, 15. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Reihe der vom Ständigen Ausschuß beschlossenen, vom Staatsministerium mit Gesetzeskraft erlassenen Verordnungen besonderer steuerlicher Art, darunter die neue

Grundvermögens- und Gewerbesteuer,

die Landesaufwertungsverordnung, Kommunalabgaben, Kreis- und Provinzialabgabengesetz, Änderung des Diätengesetzes und des Lehrerdiensteinkommengesetzes.

Die Grundvermögenssteuer wird von der Tagesordnung abgesetzt.

In der Aussprache wendet sich Abg. Mentzel (Deutschnat.) gegen die Gewerbesteuernovelle. Wir lehnen es ab, daß Genossenschaften und Konsumvereine ein steuerliches Sonderrecht bekommen. Der nächste Landtag, der ja wohl eine andere Zusammensetzung zeigen wird, wird hoffentlich Besseres schaffen. Abg. Fries (Soz.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Die vom Vorredner als Zeugen gegen die Vorlage benannten Interessenten wollten am liebsten überhaupt keine Steuern zahlen. Der Redner tritt für die Notverordnung ein. Abg. Kölges (Zentrum): Nur unter dem harten Druck der vorhandenen Zwangslage stimmt die Mehrheit des Zentrums für die Verordnung. Ein Teil der Fraktion muß ihr die Zustimmung versagen. Abg. Grundmann (Deutsche Vp.): Unter den obwaltenden Umständen bleibt nur die Zustimmung zu der Notverordnung übrig. Schulz-Neukölln (Komm.): In der von Regierung und Ständigem Ausschuß vereinbarten Neuordnung der Gewerbesteuergesetzgebung erblicken wir eine Überschreitung der durch den Artikel 55 der Verfassung statuierten Befugnisse. Abg. Drewitz (Wirtschaftspart.) sagte, das Großkapital habe sich von allen Steuerzahlungen gedrückt. Seine Partei lehne die Steuerverordnungen ab. Nachdem noch Abg. Mohrbotter (Hann.) die Vorlage abgelehnt hatte, wurde in namentlicher Abstimmung den Verordnungen mit 127 gegen 110 Stimmen zugestimmt. Auch in dritter Lesung fanden die Verordnungen Annahme.

Die vom Staatsrat eingebrachte Novelle zur Gewerbesteuer wird debattelos abgelehnt. Ohne Aussprache genehmigt der Landtag dann die Verordnungen zur Besteuerung des Hausiergewerbes und Wanderlagerbetriebes, zur Änderung des Handelskammergesetzes, die Landesaufwertungsverordnung, die Verordnungen zur Änderung des kommunalen Abgabenrechts, des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz, über die Außerhebungsetzung von Stempelsteuern, über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten sowie zur Änderung des Volks- und Mittelschullehrer-Diensteinkommensgesetzes. Hierauf folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Änderung der

Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten.

Nach längerer Debatte wird die Vorlage in zweiter und dritter Beratung angenommen. Dann beschäftigt sich das Haus mit der zweiten Beratung des Gesetzes über den Wahltag für die allgemeinen Gemeindewahlen, der auf den 4. Mai fallen soll.

Deutsch-französische Fühlungnahme.

Deutschlands Schritt in Paris.

Poincaré wünscht schriftliche Darlegung.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris Hoesch wurde Sonnabend von dem Ministerpräsideten Poincaré empfangen. Die Unterhaltung verlief sehr höflich, hat aber noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Poincaré hörte die Mitteilungen des Geschäftsträgers sehr interessiert an und stellte verschiedene Fragen. Er bat, gewisse Punkte schriftlich zu fixieren, damit er die deutschen Anregungen in Ruhe prüfen könne. Dann werde er eine endgültige Antwort geben.

Der Brüsseler deutsche Geschäftsträger ist ebenfalls vom Minister des Auswärtigen Jaspar empfangen worden. Es handelt sich dabei um einen parallelen Schritt zu dem, der gleichzeitig auch in Paris erfolgte.

Die deutschen Vorschläge.

Hoesch legte beim Besuche Poincarés dar, seine Regierung wünsche ohne Störung der bevorstehenden Aktion der Reparationskommission zu einer deutsch-französischen Unterhaltung über die schwebenden Fragen zu gelangen. Poincaré hat zu den Darlegungen des deutschen Geschäftsträgers eine Reihe von Bemerkungen gemacht. Er versprach, in kürzester Frist eine schriftliche Antwort zu erteilen. Der deutsche Geschäftsträger wird die von Poincaré erbetene schriftliche Ausfertigung unverzüglich dem Ministerpräsidenten zustehen lassen.. Es ist zu erwarten, daß Poincaré seine schriftliche Antwort sofort erhält.

Die Pariser Verhandlungen.

Berlin, 16. Dezember.

Zu den in Paris eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erklärt die Reichsregierung heute, wenn Deutschland auch alles tun wolle, um die Tätigkeit der Komitees fruchtbringend zu gestalten, so sei doch kaum zu hoffen, daß auf diesem Wege eine schnelle und unmittelbare Lösung der Frage zu erreichen sei. Die wirkliche Lösung könne vielmehr nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden radikalen Neuregelung bestehen, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mitumfassen müsse. Mit größter Beschleunigung müsse Klarheit über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten geschaffen werden. Die Verträge der Besatzungsbehörden mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnverwaltung genügten nicht im entferntesten, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten zu gewährleisten.

Poincarés Antwort.

Der französische Ministerpräsident hat bereits gestern abend die Antwort auf die Vorschläge des deutschen Geschäftsträgers fertiggestellt. Die Antwort soll gemeinsam mit Belgien erfolgen. In dem Antwortschreiben sollen folgende Grundsätze enthalten sein:

Ausführung des Friedensvertrages. Keine Schmälerung der Rechte der Reparationskommission. Keine Schmälerung der festgesetzten Rechte der Rheinlandkommission und keine Diskussion über die von den französisch-belgischen Besetzungsbehörden im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen. Unter diesen Vorbehalten sei die französische Regierung bereit, in eine allgemeine Verhandlung einzutreten, auch die baldige allmähliche Rücknahme der Ausweisungen deutscher Beamten in Erwägung zu ziehen.

Übergangshaushalt des Reiches.

15. November bis 31. März.

Das Reichsfinanzministerium hat einen vorläufigen Übergangshaushaltsplan ausgearbeitet, der die Zeit vom 15. November d. J. bis zum 31. März nächsten Jahres umfaßt. Die Haushaltsaufstellung ist in Goldmark erfolgt. Im ordentlichen Haushalt schließt der Plan in Einnahmen und Ausgaben mit 1,966 Millionen ab. Von den Einnahmen fallen auf Steuern und Zölle insgesamt 1,381 Millionen Mark, auf den Kredit der Rentenbank 585 Millionen. Der außerordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 165 Millionen Mark ab. Bei der Eisenbahnverwaltung betragen die Einnahmen und Ausgaben 520 Millionen, die auf dem Wege einer fundierten Anleihe beschafft werden sollen. Der Zuschuß der allgemeinen Finanzverwaltung zu den Ausgaben der Eisenbahnverwaltung beträgt 100 Millionen. Bei der Post belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 140 Millionen. Der Zuschuß beträgt für den angegebenen Zeitraum 50 Millionen. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind 45 Millionen Goldmark in den Haushalt eingestellt.

Stillstand der Rechtspflege?

Ausschaltung des Laienelements?

In einer Unterhaltung eines Pressevertreters mit dem Reichsjustizminister Emminger äußerte dieser, es bestehe die große Gefahr, daß in nächster Zeit die Landesjustizverwaltungen erklären, sie müßten aus Mangel an Mitteln für die sächlichen Ausgaben der Gerichte, namentlich die Gebühren für Zeugen, Sachverständige, Schöffen und Geschworene, die Gerichte schließen, dafür aber die Gefängnisse öffnen, weil Verköstigung und Heizung unerschwinglich geworden sind. Nun bestehe allerdings allseitig der eiserne Wille, durch tiefeinschneidende Steuern die notwendigsten Geldmittel sofort flüssig zu machen, um über diese Übergangszeit von mehreren Monaten hinwegzukommen. Es sind Notmaßnahmen radikalster Art als Übergangsmaßnahmen bis zum 1. April 1924 notwendig. Ich bin seit vielen Jahren für stärkere Beteiligung des Laienelements an der Rechtspflege eingetreten und empfinde es als bitteres Schicksal mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, die Kosten für Schöffen und Geschworene aufzutreiben, auf deren Mitwirkung vorübergehend ganz zu verzichten. Aber wenn ich vor die Wahl gestellt bin, entweder die ganze Strafrechtspflege in wenigen Wochen überhaupt stillgelegt zu sehen oder sie einstweilen nur mit Berufsrichtern hindurchzuführen, so bringe ich den Mut auf, auf eine allerdings nur kurz bemessene Zeit auf die Mitwirkung von Laien bei der Strafrechtspflege zu verzichten.

Der Reichskanzler über die deutsche Presse

Berlin, 15. Dezember.

Im Sitzungssaale des Preußischen Landtages zu Berlin fand Freitag abend eine vom Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse veranstaltete, zahlreich besuchte Kundgebung statt mit dem Thema: „Schicksalsfragen der deutschen Presse." Neben den Vertretern der Presse hatten sich Abgeordnete aller Parteien und sonstige hervorragende Persönlichkeiten der Regierung usw. eingefunden. Reichskanzler Dr. Marx hielt eine Ansprache, in der er zu der allgemeinen Lage Stellung nahm und sagte: „Wir mögen noch so viele Steuern vorschlagen, noch so viele Opfer dem einzelnen auferlegen; ehe nicht die Rhein- und Ruhrfrage gelöst ist und eine wirtschaftliche Beruhigung eingetreten ist, eher kann die Frage der Sanierung nicht gelöst werden." Dann hob er die Wichtigkeit der Presse hervor und meinte, es sei notwendig, alles daranzusetzen, um der Presse und ihren Vertretern zu der Stellung zu verhelfen, die dem hohen Ideal und dem hohen Beruf des Redakteurs und Journalisten und seiner der Volkswohlfahrt in erster Linie dienenden Tätigkeit zukommen muß. Als zweiter Redner sprach Reichstagspräsident Löbe über „Parlament und Presse". Die speziellen Berufsforderungen der Journalisten behandelte Chefredakteur Ackermann.

Beschlüsse der deutschnationalen Parteivertretung.

Berlin, 15. Dezember.

Im Reichstag trat gestern abend die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zusammen. Der außerordentlich zahlreiche Besuch bewies, daß das Bedürfnis nach Aufklärung über die politischen Ereignisse der letzten Wochen sehr stark war. Der Parteivorsitzende Staatsminister Hergt legte in einer anderthalbstündigen, teilweise sehr temperamentvollen Rede einen Rechenschaftsbericht über die Politik der Fraktionen vor und setzte sich dabei gleichzeitig mit den Strömungen auseinander, die eine schroffere Opposition abzielten. Graf Westarp, den man selbst zu den Anhängern dieser schärferen Tonart rechnet, stellte sich aber ganz auf den Boden der Fraktionspolitik, vor allem aber Dr. Helfferich, der über das Wesen der parlamentarischen Opposition sprach und dabei auf die Pflicht einer oppositionellen Partei hinwies, keine politischen Wechsel auszustellen, die man bei der Regierungsübernahme nicht einlösen könne. Man dürfe sich nicht damit begnügen, „die andern" die Suppe auslöffeln zu lassen: das dulde einfach die furchtbare Notlage Deutschlands nicht. Die eindringlichen Worte Helfferichs wirkten derart stark, daß ein Vertrauensvotum für den Parteivorsitzenden fast einstimmig angenommen wurde.

Eine Entschließung,

die sich gegen jede Änderung in den staatsrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes wendet, und eine gleichmäßige Behandlung mit dem unbesetzten Restdeutschland fordert, ferner eine grundsätzliche Steuerreform unter Verstärkung der Steuerkraft für Länder und Kommunen und Rückkehr zum Bismarckschen Föderalismus verlangt, wurde angenommen. Ferner erhebt die Entschließung die Forderung auf baldigste Reichstagsauflösung zwecks Beseitigung der sozialistischen Vorherrschaft und Bildung einer nationalen Regierung des Vertrauens.

Abkommen über die Kölner Zone.

Die Regelung des Bahnverkehrs.

Aus Koblenz wird berichtet, daß ein Übereinkommen zwischen den französisch-belgischen und britischen Delegierten über den Eisenbahnverkehr in der britisch-besetzten Zone getroffen worden ist. Das Abkommen wurde unter Vorbehalt abgeschlossen. Es muß erst noch die Zustimmung der Rheinlandkommission und der deutschen Behörden finden.

Keine Aufwertung der Hypotheken?

Verfrühte Hoffnungen.

Nach dem bekannten Reichsgerichtsurteil, das die Aufwertung von Hypotheken als gerechtfertigt erklärte, glaubte die Öffentlichkeit, daß nunmehr in kurzer Zeit eine gesetzliche Regelung der Frage ehestens zu erwarten sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß der Entwurf eines Gesetzes bis zur Stunde noch nicht vorliegt, also auch das Reichskabinett noch nicht beschäftigt haben kann. Tatsächlich soll sein, daß die Reichsregierung aus den bisherigen Verhandlungen folgende Ansicht gewonnen habe:

Eine Aufwertung der Hypotheken oder anderer Schulden soll nicht genehmigt werden. Die Erfassung des Geltwertunterschiedes soll vielmehr der öffentlichen Hand vorbehalten werden. Dieser Grundsatz soll sowohl auf die dinglichen Lasten (Hypotheken) wie auf Obligationen und ähnliche Schulden, auch der staatlichen, angewandt werden.

Gegen diesen Standpunkt der Regierung wandte sich bereits der Hypothekengläubiger-Ausschuß für das Deutsche Reich in einer Kundgebung, in der gesagt wird, über die Rechtsprechung des Zivilsenats in Leipzig wolle sich die Regierung hinwegsetzen, wolle einseitig einen bestimmten Bevölkerungsteil die Lasten des Staates tragen lassen, wolle alles zerschlagen, was bisher als „Treu und Glauben" gegolten habe.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 18. Dezember 1923.

☐ **Postverkehr mit den besetzten Gebieten.** Bis zum 24. Dezember einschließlich befördert die Post gewöhnliche, eingeschriebene und unversiegelte Wertpakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm mit Weihnachtsgaben zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet, ausgenommen das Ruhreinbruchsgebiet mit den Brückenköpfen Düsseldorf und Duisburg. Es sind nur Einzelpakete (keine Massensendungen) zugelassen. Dringende Pakete sind ausgeschlossen. Für jedes Paket wird eine Zollgebühr erhoben. Sie beträgt für ein Paket nach dem besetzten Gebiet, ausgenommen für Lebensmittel- und Bücherssendungen 20 Pf., für ein Paket aus dem besetzten Gebiet ohne Rücksicht auf den Inhalt 10 Pf. Die Zollgebühren werden im besetzten Gebiet vom Empfänger oder vom Auslieferer erhoben. Die Paketkarten und Sendungen müssen den deutlichen Vermerk „Weihnachtssendung" tragen; auf Lebensmittel- und Büchersendungen nach dem besetzten Gebiet, für die keine Zollgebühren erhoben werden, ist außerdem folgender Vermerk anzubringen: „Paket enthält nur Lebensmittel" oder „Paket enthält nur Bücher". Vor mißbräuchlicher Anwendung dieser Vermerke wird dringend gewarnt. Weihnachtssendungen dürfen nicht enthalten: Edelmetalle und daraus hergestellte Gegenstände, Edelsteine, Wertpapiere, Kunstwerke, Kunstgegenstände, Seide und Erzeugnisse daraus, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Sacharin, Pelze und Kürschnererzeugnisse, Elfenbein und seine Nachahmungen, Fett, optische und Präzisionsinstrumente, Uhren (Taschen- und Banduhren).

☐ **Eine Wohltätigkeitsbriefmarke.** Von seiten des Reichspostministeriums wird die Einführung einer Wohltätigkeitsmarke geplant. Diese Briefmarke wird mit dem Aufdruck: „Deutsche Nothilfe" in den Werten von 5, 10, 20 und 50 Pfennig ausgegeben, aber zum doppelten Preise des Nennwertes verkauft werden.

—* **Die Bedeutung der Lokalzeitung.** Das scheinbare Steigen des Bezugspreises der Lokalzeitungen infolge der ungeheuren Geldentwertung während der letzten Monate hat zur Folge gehabt, daß einige frühere Leser ihrem Blatte untreu geworden sind. Das ist, sonders unter den heutigen Verhältnissen, ganz falsch handelt weil zum eigenen Nachteil. Da lobe ich mir Einsicht eines einfachen Mannes, der mir neulich klärte: „Meine Heimatzeitung halte ich mir weiter; etw will ich doch noch haben, denn in andern steht auch n mehr!" Verehrter Leser, nicht „etwas" sondern r hast Du von Deinem Lokalblatt. Lange Abhandlung wie sie die Zeitungen der Großstädte bringen, mög heute viele nicht und bleiben sehr oft ungelesen. Ande mit der Lokalpresse. Hier hast Du das Wissenswe von der Politik kurz und bestimmt. Das indessen mu Du wissen in unserer bewegten Zeit; jeder Staatsbürg muß sich heute selbst ein Urteil bilden können. Ab Deine Lokalzeitung bietet noch mehr. Alle möglich Nachrichten aus dem weiten Vaterlande und vor alle aus dem Heimatlande und -kreis, die für dich nicht n von Interesse, sondern auch zu wissen von große Nutzen sind. Das gleiche gilt von Mitteilungen d Landes- und der Kreisbehörde, des Finanzamtes, de Angaben über den Geldmarkt, die Getreide- und Dünge preise. „Unwissenheit schützt nicht vor Strafe". W leicht kannst du in großen Schaden verfallen, wenn d irgend eine öffentlich bekanntgebene Sache nicht gewuß hast. An der falschen Stelle hattest du gespart. Un dann erst den Anzeigenteil der Lokalzeitung. Wi mancherlei gibt es da für dich zu wissen. Du siehst w du notwendiges preiswert kaufen kannst. Gibt es etwa Bequemeres? Und bist Du Geschäftsmann, so hast d hier die beste und billigste Gelegenheit, deine Verkaufsobjekte der breiten Masse anzubieten — immer mit Erfolg Wie sagte doch ein überragender Kaufmann: „Wi können die Mitmenschen wissen, daß Du etwas wertvolles zu verkaufen hast, wenn Du es nicht bekannt gibst!" Und wenn Du wohl in jeder Nummer deiner Lieblingszeitung etwas für Herz und Gemüt liesest, so ist auch das ein Gewinn für dich — der beste in unserer so liebarmen Zeit. Darum: Verträume keiner die langen Winterabende, lies gute Bücher, lies deine Lokalzeitung, den Allgemeinen Anzeiger.

—* **Die Kunst zu borgen und immer weniger Schulden zu haben.** Das Deutsche Reich hatte in den 43 Jahren von seiner Gründung bis zum 30. Juli 1914 noch nicht 5 Milliarden Schulden gemacht, genauer 4978 Millionen. Bis zum 31. Dezember 1916 stieg diese Schuld nicht ganz auf 148½ Milliarden, in Gold immer noch ein Wert von fast 75½ Milliarden. Bis zum 30. September 1923 schwoll die Papierschuld des Reiches auf fast 46845 Billionen an. Ihrem wirklichen Werte nach war sie aber auf 1229 Millionen Goldmark zusammengeschmolzen. Dazu waren 200 Millionen Dollarschatzanweisungen und 250 Millionen Goldanleihe gekommen. Im ganzen betrug also die Schuld des Reiches trotzdem nur noch 1679 Millionen. In dem einen Monat Oktober wuchs die Papierschuld weiter auf etwa 150 mal so viel oder über 7 Millionen Billionen. Der Wert dieser Schuld verringerte sich aber gleichzeitig auf weniger als den 3. Teil oder 406 Millionen. Selbst wenn noch 240 Millionen Goldanleihe hinzu kamen, so ging im Oktober die Gesamtschuld des Reiches trotzdem von 1679 auf 1096 Millionen Goldmark zurück. Die Berechnung zeigt, daß die Inflation die allergrößte Steuer ist. Sie verteilt sich aber sehr ungleich und bringt sogar einer Minderheit Gewinn.

—* **Ein Hilferuf des Handwerks.** Der Vorstand der Handwerkskammer erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Da die Reichs-, Staats- und städtischen Verwaltungen bei Lage der Dinge allein nicht in der Lage sind, den Zusammenbruch des Handwerks aufzuhalten, so können nur die privaten Auftraggeber in dieser schwierigen Lage durch die Erteilung von Aufträgen Abhilfe schaffen. Wir wenden uns daher an Jeden in Stadt und Land, der in der Lage ist, an unsere Handwerker Aufträge, und seien es selbst nur Reparaturen geringfügiger Art, zu erteilen. Unser Handwerkerstand wird für jeden Auftrag von Herzen dankbar sein. Wir werden in Verbindung mit den von uns vertretenen Innungen bemüht sein, die Preise angemessen zu gestalten

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

27) Nachdruck verboten.

Das Raubtierhaus lag in schweigender Finsternis.

Hinter den zolldicken Eisenstangen lagen ruhig die gewaltigen Katzen, im Halbschlummer massig zusammengeballt, gleich riesigen gelben Flecken aus dem Düster ihrer Gefängnisse leuchtend.

Zuweilen klang ein fauchendes Knurren oder ein schwerer Körper warf sich wuchtig auf dem Bretterboden des Käfigs heum.

Und dann wenige Schritte hinter dem träumenden Wüstenidyll wie eine schmetternde Fanfare des Weltstadtlebens das Flammenmeer des Hauptrestaurants mit seinem sinnverwirrenden Gewühl, seinem schimmernden Toilettenprunk, seiner rauschenden Militärmusik im Zauber der tiefen, blauen Juninacht.

Graf Eickstädt hatte auf der Weinterrasse in der vordersten Reihe einen Tisch gewählt und verhandelte mit einem der lautlos gleitenden Kellner.

Dann saßen sie eine Zeitlang schweigend und schauten auf das unablässige Auf und Nieder der Lästerallee.

Das matte Licht der hohen bronzenen Stehlampe, die Hella mit einer Orchideenranke geschmückt hatte, rann weich um die silbernen Schüsseln und die feinen Kelche mit dem blutroten Burgunder.

Darüber gleißte hoch oben in dem Laubdach der Baumkronen der blaue Nebelglanz des elektrischen Lichts, und aus den Rundbauten des Musikpavillons strömte ein funkelnder Farbenrausch und übergoß die schwarzen Wasser des stillen Sees mit einem flimmernden Strahlenkranz.

Hella nahm nur wenig von den aufgetragenen Köstlichkeiten der Tafel und lehnte auch Champagner ab.

Mit heißem zähen Willen wollte sie einen klaren Kopf und sich selbst vollständig in der Hand behalten, wenn der heutige Abend vielleicht schon eine entscheidende Aussprache bringen sollte.

Und aus dieser Stimmung heraus schwang eine leise Befangenheit zwischen ihnen, daß das Gespräch immer wieder ins Stocken geriet, als ob sie es beide noch nicht an der Zeit glaubten, einander ihre geheimsten Gedanken preiszugeben.

Hella erzählte aus ihrer Jugend mit vorsichtiger Auswahl und leichter dichterischer Verklärung von kompromittierenden Momenten.

Der Vater rückte in ihrer Phantasie zur Stellung eines höheren Verwaltungsbeamten auf; die Verwandtschaft der Mutter erweiterte sich um zwei aktive Offiziere und einen adligen Großonkel, ihr eigenes Künstlertum wurde bescheiden unterstrichen und die Möglichkeit einer künftigen Bühnenlaufbahn flüchtig erwähnt.

Graf Eickstädt lauschte ihr wie in einem wachen Traum, er sah nur ihr feines Gesicht in der ganzen leuchtenden Gloriole ihrer berückenden Mädchenschönheit, die von allen Nachbartischen ein Kreuzfeuer neidvoller Blicke entfesselte.

Seine Augen hingen an ihren Lippen, an den Linien ihrer Stirn, ihres Halses, er atmete ihre Nähe wie einen sinnverwirrenden Duft und dachte immer wieder nur das eine, wie frisch und lieblich sie war, wie wundervoll und frühlingsjung.

Und ringsum grüßte das Leben mit Lachen und Flüstern, mit Wallen und Wiegen, rauschte die Musik wie heißer Sommerwind, daß alles andere in ihm unterging in dem einzigen, großen Glücksgefühl des Beieinanderseins.

„Wollen wir nicht noch ein wenig promenieren, Fräulein Hella? Die Nacht ist so wunderschön, und ich hätte Ihnen noch so mancherlei zu sagen."

Sie hatten nach Schluß des Konzerts den Zoologischen Garten durch den Ausgang der Hardenbergstraße verlassen und standen jetzt vor dem grauweißen Tonnenleib des Bahnhofsgebäudes, in dem die langen Lichterschlangen der Stadtbahnzüge unablässig aus- und einfuhren.

Hella nickte stumm.

Sie duldete es zum ersten Male, daß er seine Hand in ihren Arm legte und sie unwillkürlich näher an sich heranzog.

Dann schritten sie auf einsamen Wegen des Tiergartens, der sich wie eine Welt formlos-düsterer Schatten in dunkler Feierlichkeit um sie breitete.

Kein Mensch begegnete ihnen.

Es war so still wie in einer Kirche.

Nur die große Schleuse des Kanals rauschte leise, allmählich immer ferner und weiter, und von der Charlottenburger Chaussee klang zuweilen der Schrei eines Autos langnachhallend durch die schweigende Nacht.

„Fräulein Hella!"

Graf Eickstädt war stehen geblieben, seine Hand schloß sich fester um ihren Arm, sein Atem wehte heiß über ihr Gesicht.

„Hella!" wiederholte er in leidenschaftlicher Erregung, seine Lippen suchten in wildem Rausch ihren Mund.

Mit der federnden Kraft ihres Leibes rang sie sich von ihm los.

„Herr Graf!" stieß sie mit gutgespielter Entrüstung heraus. „Was erdreisten Sie sich, wofür halten Sie mich?"

Graf Eickstädt atmete schwer.

„Verzeihen Sie, Fräulein Hella," sagte er mühsam nach Fassung ringend, „ich vergaß mich!"

„Sie vergessen, daß ich mich hier schutzlos in ihren Händen befinde und daß Sie selbst verlobt sind!"

„Ich war es, Hella!"

Klar und bestimmt schnitten die Worte durch die nächtliche Stille.

„Ich war es bis gestern abend, als Sie in mein Leben traten. Seitdem ist alles andere in mir tot und nur ein Gedanke lebt, der Gedanke an Sie!"

„Hella, ich kann es Ihnen ja nicht sagen, wie ich Sie liebe!"

Schweigend gingen sie weiter.

Ein leiser Wind war aufgekommen, der mit lindem Wehen ihre heiße Stirn kühlte.

Unwillkürlich beschleunigte Hella ihren Schritt in einem stolzen Kraftbewußtsein, das ihr ganzes Wesen wie eine heiße, schwere Woge durchflutete.

Noch nie hatte sie die sieghafte Gestalt ihrer Persönlichkeit so tief gefühlt als in diesem Augenblick, da sie den Mann an ihrer Seite wie leichtes Wachs in ihrer Hand empfand.

Nun waren die Würfel gefallen.

Wie die Dämmerung eines grauen Meeres schien auf einmal ihr ganzes bisheriges Sein hinter ihr versunken, und glückverheißend das Land der Zukunft, einem leuchtenden Hafen gleich, allen Irrens Ende.

„Ich will vergessen, was vorhin geschehen ist, Herr Graf," sagte sie endlich, „wenn Sie mir versprechen, wie ich diese Kränkung verdient habe, daß Sie mich als eine so leichte Augenblicksbeute betrachten konnten . . . ."

„Hella!"

Die ganze verhaltene Leidenschaft des Mannes zitterte in dem tönenden Klang des Namens.

(Fortsetzung folgt.)

werde mit Staatssekretär Maltzahn und der Londoner Posten mit dem ehemaligen Reichskommissar für die besetzten Gebiete Fürst Hatzfeld besetzt. Hier liegt dazu noch keine Bestätigung vor.

Note über die deutsche Auslandanleihe.

Berlin, 16. Dezember. Der Präsident der deutschen Kriegslastenkommission überreichte gestern der Reparationskommission in Sachen der deutschen Auslandanleihe eine Note. Es wird darin gebeten, zugunsten der amerikanischen Lebensmittelanleihe auf das Prioritätsrecht zu verzichten.

Senkung der Viehpreise.

Berlin, 16. Dezember. Durch das Eingreifen der Wucherpolizei wurde gestern eine weitere erhebliche Senkung der Viehpreise auf dem Zentralviehhof herbeigeführt. Im einzelnen wurden pro Pfund Lebendgewicht bezahlt: für Schweine 40 bis 65 Pf., für Schafe 15 bis 45 Pf., für Kälber 25 bis 80 Pf. und für Rinder 10 bis 40 Pf. Die Kleinhandelspreise werden von morgen entsprechend folgen müssen.

Ausländische Lebensmittelkredite notwendig.

Berlin, 16. Dezember. Graf Kanitz, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, erklärte gestern dem amerikanischen Journalisten Karl von Weigand, die deutsche Landwirtschaft erwerbe mit wenigen Ausnahmen sich große Verdienste um die Aufrechterhaltung der Ernährung des deutschen Volkes. Entgegengesetzte Gerüchte seien unrichtig. Da wir in Deutschland aber nicht genug Nahrungsmittel erzeugen, seien ausländische Lebensmittel unbedingt notwendig.

Amerikareise des Dr. Hermes.

Berlin, 16. Dezember. Am 22. Dezember tritt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine Reise nach Amerika an.

Neue Löhne im Steinkohlenbergbau.

Berlin, 16. Dezember. Die Löhne im Steinkohlenbergbau des unbesetzten Gebietes für die Woche vom 10. bis 17. Dezember wurden wie folgt festgesetzt: für Oberschlesien auf 3 Goldmark je Schicht, für Niederschlesien auf 2,50 Goldmark je Schicht, für Sachsen auf 2,70 Goldmark je Schicht. Hinzu treten Teuerungs- und Ernährungszulagen.

Steuerverhandlungen mit Süddeutschland.

Berlin, 16. Dezember. Reichsfinanzminister Dr. Luther beabsichtigt, in diesen Tagen nach Süddeutschland zu reisen, um mit den süddeutschen Ländern über die in der dritten Notverordnung enthaltene Frage der Neuverteilung der Lasten und Steuern zwischen Reich und Ländern zu verhandeln.

Mehrarbeit im Waldenburger Bezirk.

Breslau, 16. Dezember. Im Waldenburger Bergwerkbezirk wird von morgen ab die achte Stunde unter Tage gearbeitet werden. Die Arbeiter über Tage leisten ebenfalls eine Stunde Mehrarbeit. Im ganzen oberschlesischen Steinkohlenbezirk beträgt die Untertagsarbeit 8½ Stunden.

Zahlen des Elends.

Der Hauptausschuß des Reichswohlfahrtsausschusses in Köln sprach in Anwesenheit ausländischer Gäste über die Notlage der deutschen Nation.

Dr. Braubach, der die Hauptrede hielt, zeigte, daß die Gesundheit des deutschen Volkes aufs schlimmste gefährdet ist. Die Tuberkulosität nehme erschreckend zu; 70 Prozent der Großstadtkinder seien tuberkulös infiziert, wovon die schlimmsten Folgen zu erwarten seien. Bei den Erwachsenen wurde in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres eine Steigerung der Tuberkulose um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahre festgestellt. Eine tiefe Tragik liege in der Tatsache, daß gerade die Kranken, denen die Heilquellen usw. am nötigsten seien, sich derselben aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen enthalten müßten. Unter den Kindern nehme die Unterernährung weiter zu. In den letzten Monaten sei der Zustand der meisten Kinder geradezu furchtbar geworden. Kraftlosigkeit, schwacher Körper und schwächliche Muskulatur seien die Hauptmerkmale. Im Hinblick darauf könne man sagen, daß diese Jugend im späteren Leben nicht mehr ihren Mann werde stellen können. Bei einem Drittel aller befragten Kinder wurde festgestellt, daß sie seit mehreren Monaten kein Fleisch mehr gegessen hatten, dazu kämen noch die Wohnungsverhältnisse, die auch das ihrige zu dieser Not tun. Auch die Kleidungsverhältnisse wären überaus schlecht. 10 Prozent der Kinder fehlten in den Schulen, weil sie entweder keine Kleider oder Schuhe anzuziehen hätten.

Dr. Bülstein, der Dezernent des Arbeitsamtes, erweiterte die vom Vorredner gemachten Angaben in ergreifender Weise. Er stellte fest, daß sich in Köln 130 000 Erwerbslose und Kurzarbeiter befinden, 14 000 Wohlfahrtsunterstützungsberechtigte, 8000 Sozial-, 3000 Kleinrentner und 15 000 Kriegshinterbliebene. Alle diese seien Unterstützungempfänger. Rechnet man die Angehörigen dazu, so ergibt sich, daß mehr als drei Viertel der Bevölkerung der Stadt Köln aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen, das könne die Stadt allein nicht leisten. Alle, die noch irgendwie könnten, müßten helfen. Das Ausland müsse überzeugt werden, daß Deutschland nichts anderes als leben wolle und nicht mit rachsüchtigen Gedanken erfüllt sei. —

Sodann ergriff auch der Reichstagsabgeordnete Sollmann das Wort. Er wandte sich besonders an das Ausland. Vertreter waren u. a. die Gemeinschaft der Freunde (Quäker), das Internationale Rote Kreuz, die Internationale Hungerhilfe, die englische Militärkommission.

Es wurde ferner noch mitgeteilt, daß in Düsseldorf 72 Prozent, in Duisburg 53 Prozent, in Dortmund 72 Prozent, in Krefeld 79 Prozent, in Mainz 40 Prozent und in den Landkreisen 40 bis 50 Prozent der Einwohner unterstützt werden müßten.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Zum Tode verurteilt.** Vor dem Schwurgericht in Königsberg i. Pr. hatten sich wegen Mordes an dem Wächter Gramatzki und wegen Raubes in dem Aronschen Juweliergeschäft — beide Taten wurden in der Nacht zum 20. September d. J. begangen — der Maler Gustav Besemer und der Friseur Albert Passarge zu verantworten. Beide hatten sich unter einem Vorwand Eingang in das Juweliergeschäft verschafft, dort mit dem Wächter ein Zechgelage veranstaltet und ihn dann niedergeschlagen. Der Wächter wurde gefesselt und mit Alkohol übergossen, worauf der Körper angezündet wurde. Die Angeklagten waren im wesentlichen geständig und wurden wegen Raubmordes zum Tode verurteilt.

§ **Ein Geschworenen-Fehlspruch.** Der seltene Fall, daß der Gerichtshof einen nach seiner Auffassung unrichtigen Schuldspruch der Geschworenen aufhebt, ist dieser Tage in Berlin vorgekommen. Ein Händler namens Just und seine Geliebte hatten sich wegen Mordes zu verantworten. Die Geschworenen sprachen auch Just des Mordes schuldig und die mitangeklagte Frau der Anstiftung zum Morde. Der Staatsanwalt beantragte darauf das Todesurteil gegen beide Angeklagte. Der Gerichtshof kam jedoch zu der Überzeugung, daß die Geschworenen sich zum Nachteil der Angeklagten geirrt hätten, und verwiesen die Sache, soweit sie den Angeklagten Just betraf, zur nochmaligen Verhandlung an ein anderes Schwurgericht. Justs Geliebte wurde wegen versuchten Giftmordes zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

§ **Zwei Todesurteile.** Die jugendlichen Arbeiter Hans Jahncke und Karl Goldbach wurden von einem Berliner Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt. Sie hatten einen Polizeiwachtmeister, der sie im Morgengrauen auf der Straße gestellt hatte, weil sie ihm verdächtig erschienen waren, erschossen.

§ **Im Hochverratsprozeß gegen den Grafen Karl von der Schulenburg** wurde vom Staatsgerichtshof in Leipzig das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Festung unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft und zu 50 Billionen Mark Geldstrafe verurteilt. Als erwiesen wurde erachtet, daß der Angeklagte zunächst gemeinsam mit Smeets und dann als Leiter der Rheinischen Freiheitspartei die Lostrennung der Rheinlande vom Reiche und die Errichtung eines selbständigen „Frankenstaates" mit eigenen ausländischen Vertretungen, eigener Finanz- und Zollhoheit vorbereitet hat. Er ist sich auch bewußt gewesen, daß dieses Ziel nur durch Gewalt und durch fremde Hilfe zu erreichen sei, und er hat auch den Versuch gemacht, diese fremde Hilfe zu erhalten. Strafmildernd wurde dem Angeklagten angerechnet, daß ihm die volle Erkenntnis der Tragweite seiner Handlungen fehlte.

§ **Ein Elternmörder vor Gericht.** Vor vier Jahren waren in einem Orte bei Regensburg die Eheleute Plendl kurz nacheinander gestorben. In den später ausgegrabenen Leichen konnte Arsenik nachgewiesen werden. Nunmehr stand der Sohn der Eheleute wegen Elternmordes vor dem Volksgericht in Regensburg, das ihn zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 15. Dezember folgende Pfundpreise verlangt:** Rindfleisch 1—1,60 Mark, Kalbfleisch 1,20—1,80, Hammelfleisch 1—1,40, Schweinefleisch 1,20—1,60, geräucherter Inlandsspeck 2—2,80, Leberwurst 0,85—2,40, Schlackwurst 3,20—3,60, Hasen 1—1,20, Gänse ab 1,40, Stopfgans 3,50, Enten 2—2,50, Hühner 1,50, Kabeljau 0,70—0,90, Schellfisch 0,70, lebende Karpfen 1,60—2, Heringe 0,55—0,60, Bücklinge 1—1,60, Sprotten 0,80—2,40, Salzfettheringe 0,12, Äpfel 0,35—1,40, Birnen 0,20—1, Kartoffeln 0,44, Weißkohl 0,50—0,60, Rotkohl 1, Spinat 0,30—0,60, Mohrrüben 0,80, Tomaten 0,60—1,50, Zwiebeln 0,20—0,30, Erbsen 0,38 bis 0,48, weiße Bohnen 0,35, Butter 2,20—2,60, Margarine 0,60 bis 0,90, Schmalz 0,90—0,95, Tilsiter Käse 1,60—2,20, Harzer Käse 1,20—1,60, ein Ei 0,21—0,22, Kunsthonig 0,60, Malzkaffee 0,50, Zucker 0,43, Weizenmehl 0,20—0,23, Vollreis 0,26—0,35.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	15. 12. gesucht	15. 12. angeb.	14. 12. gesucht	14. 12. angeb.
Holland 1 Guld.	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	748 125	751 875	748 125	751 875
Schweden 1 Kr.	1 105 230	1 110 770	1 105 230	1 110 770
Norwegen 1 Kr.	630 420	633 580	626 430	627 570
Finnland Mark	103 490	104 010	103 490	104 010
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
England 1 Pfd.	18 354 000	18 446 000	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	732 165	735 835	730 170	733 830
Frankreich 1 Fr.	223 440	224 560	225 435	226 565
Belgien 1 Fr.	193 515	194 485	193 515	194 485
Italien 1 Lira	183 540	184 460	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	124 188	124 812	123 690	124 310
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 450	59 750
Ungarn 1000 Kr.	218 452	219 548	217 455	218 545

Deutsche Werte am 15. Dezember.

Eine Rentenmark	1	Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen	4,2	Bill. "
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200	Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10	" "
Eine Goldmark	1000	" "

* **Produktenmarkt.** Berlin, 15. Dezember. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark): Weizen märkischer 164—166. Etwas fester. Roggen märkischer 144—146. Etwas fester. Gerste, Sommergerste 156—158. Etwas fester. Hafer märkischer 126—130, pommerscher 119—125. Etwas fester. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25—29. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 24,50—26,50. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 7—7,25. Ruhig. Roggenkleie frei Berlin 6,75—7. Ruhig. Raps 265—270. Schwach. Viktoriaerbsen 44—48, kleine Speiseerbsen 25—27, Peluschken 14—17, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—18,50, Lupinen, blaue 15—20, gelbe 16—22, Seradella 16,50—20, Rapskuchen 11,25—11,75, Trockenschnitzel 8, Kartoffelflocken 17—17,50.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,70—0,90, desgl. Haferstroh 0,60—0,80, desgl. Gerstenstroh 0,60—0,80, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,50—0,60, Häcksel 1,85, handelsüblich. Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50.

* **Freigabe des Kohlenverkehrs durch die Besatzungsbehörden.** Die Besatzungsbehörde in Essen hat die Einrichtung der Passierscheine für Kohlentransporte aufgehoben, so daß die Kohlentransporte wieder ohne Passierschein ausgeführt werden können. Ebenso ist für Sprengstoffe ein Passiersein der Besatzungsbehörde nicht mehr erforderlich.

Berlin, 17. Dez. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die Gewerbesteuerrollen der Gemeinden Lüdenscheid-Land und Hülscheid liegen vom 18 ds. Mts. im Amtsgebäude Konkordiastraße 17 — Steueramt — und im Amtsbüro in Ciagebach eine Woche zur Einsicht offen

Lüdenscheid, den 18. Dezember 1923.

Der Amtmann.

Von der **Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** und der **Landwirtschaftskammer** ist zur Deckung der durch die Geldentwertung verursachten Mehrausgaben die **Erhebung weiterer Beitragsvorschüsse** angeordnet. Die Vorschüsse betragen für die Berufsgenossenschaft 40 und für die Landwirtschaftskammer 20 Goldpfennige für je 1 M. der nach dem Gesetze vom 21. Mai 1861 staatlich veranlagten Grundsteuer. Alle Grundstückseigentümer, die bisher Beiträge zu entrichten hatten, werden hiermit aufgefordert, die Vorschüsse bis spätestens zum **22. Dezember dss. Jahres.** an die Gemeindekasse Halver einzuzahlen. Bei nicht pünktlicher Zahlung erfolgt Zwangsbeitreibung. Die Höhe der Vorschüsse ist bei der Gemeindekasse zu erfahren. Verspätete Zahlungen erhöhen sich entsprechend der inzwischen eingetretenen Geldentwertung. Zahlungspflichtige, welche Quittungen verlangen, haben der Kasse eine vorbereitete Quittung vorzulegen.

Halver, den 10. Dezemb. 1923. **Der Amtmann.**

Amts-Sparkasse Halver.

Die Hauptstelle in Halver
ist im Verkehr mit der Kundschaft für die Folge wieder
alltäglich vormittags geöffnet.
Das gleiche gilt für die
Zweigstelle in Schalksmühle
mit Ausnahme Sonnabends an
allen Nachmittagen.
Halver, den 6. Dezember 1923.
Der Sparkassen-Vorstand.

Das beste Weihnachtsgeschenk
ist ein
gutes Buch!

Es sind u. a. vorrätig:

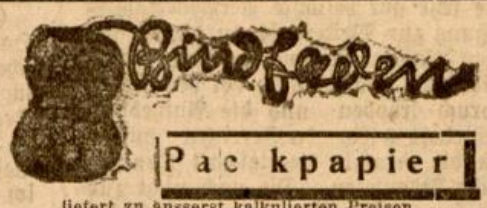
Und wenn die Welt voll Teufel wär	von	Stratz
Der tolle Bomberg	"	Winckler
Der Graf von Gleichen	"	Herzog
Die Wiskotten Stolltenkampfs und ihre Frauen	"	Herzog
Die Burgkinder	"	Herzog
Waldwinter	"	Keller
Zwei Menschen	"	Voß
Heidjers Heimkehr	"	Speckmann
Jan Murken	"	Speckmann
Die Rebächle	"	Villinger
Lukas Hochstraßers Haus	"	Zahn
Der Hungerpastor	"	Raabe
Herrgotts Kanzlei	"	Raabe
Die Martinsklause	"	Ganghofer
Junker Jürgen	"	H. Werder
Carmegie Erinnerungen		* * *
Der gute Kamerad		* * *
Das Universum		* * *
Friedmann Bach	"	Brachvogel
Die Sandgräfin	"	Freußen
Laubgewind	"	Heer

Lönsbücher, Landwirtschaftl. Bücher u. s. w.

Buchhandlung
Wilhelm Bell jr., Halver
Fernruf Nr. 42 — Kirchstraße 5.

Alle Familien-Nachrichten
die zur Kenntnis weitester Kreise kommen sollen, finden durch den
Allgemeinen Anzeiger
und
Schalksmühler General-Anzeiger
die denkbar beste Verbreitung.

Leder-Schultornister
für Knaben und Mädchen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.



liefert zu äusserst kalkulierten Preisen
August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl.
HAGEN i. W. Kontor: Körnerstraße 12.
Fernruf: Nr. 3948. 704

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Körtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

Als passende
Geschenkartikel
empfehle für das
Weihnachtsfest
elektr. Bügeleisen
„ Wasserkocher
„ Beleuchtungskörper usw.
in großer Auswahl zu günstigen Preisen.
Hugo Köhler,
Halver,
Installationsgeschäft,
— Fernruf 58. —

KATALOGE
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.
Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung
Wilh. Bell jr.,
Halver.

PREISLISTEN

Erhalte heute eine Auswahl **Ia. oldenb.**

Ferkel u. Läufer.
Rob. Zapp,
Schalksmühle
Fernsprecher 140.